

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
7. Kalenderwoche

Ist Deutschland ein Profiteur vom Euro?

Überall sei zu hören, dass Deutschland auf Kosten des Südens vom Euro profitiere. In einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung geht Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Instituts, dieser Frage nach. Zunächst stellt Fuest die These auf, dass Deutschland auch ohne den Euro Teil des Europäischen Währungssystem mit festen Wechselkursen wäre. Dies wäre vorteilhaft für Unternehmer, da ein unwiderruflicher Wechselkurs als eine Art Vollversicherung gegen Wechselkurschwankungen sei und durch das reduzierte Preisrisiko der Handel befördert werden könne. Bei Betrachtung aus der gesamtwirtschaftlichen Perspektive seien fixierte Wechselkurse eher kontraproduktiv, vor allem, weil sich Marktpreise nicht schnell genug anpassen würden und insbesondere Lohnsenkungen nur selten zu beobachten wären. Selbiges gelte auch für die Zentralisierung der Geldpolitik, die sich nach dem Durchschnitt der Eurozone richten würde und somit für einige Mitgliedsstaaten eine wachstumsorientierte Geldpolitik verfehle.

Weiter stellt sich Fuest die Frage, ob der Euro den Handel innerhalb der Eurozone fördert, gelangt jedoch zu keinem eindeutigen Ergebnis. Beim Blick in die Daten sollte sich eine Steigerung des Handels innerhalb der Eurozone in eine Steigerung der Marktanteile der Eurostaaten in der EU niederschlagen. In Deutschland blieb der Marktanteil über den gesamten Zeitraum stabil, während der Anteil in der „Nord-Eurozone“ moderat gestiegen sei, wofür aber ausschließlich die Niederlande verantwortlich sei. Länder wie Frankreich oder Italien verlören massiv an Marktanteil, ebenso wie die Länder der „Nicht-Euro-Nordgruppe“ Großbritannien, Schweden und Dänemark. Deutliche Steigerungen der Marktanteile seien bei den osteuropäischen Staaten zu erkennen und bei diesen gebe es keine signifikanten Unterschiede zwischen der Gruppe der „Neu-Eurostaaten“ und Polen sowie Tschechien.

Beim Blick auf die Außenhandelsbilanzen sei zu sehen, dass in der gesamten Periode des Bestehens der Eurozone die Import- und Exportmarktanteile der gesamten Eurozone um fünf Prozentpunkte gesunken sei. Somit hätte Deutschland nur aufgrund der erhöhten Nachfrage aus dem Osten seinen Exportanteil stabil halten können und nicht aufgrund der Nachfrage aus der Eurozone. Als Vorteil der Eurozone sei der daraus resultierende, größere Kapitalmarkt und den somit größeren Wettbewerb der Anbieter von Kapital in allen Risikoklassen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

RUB

Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:
13. Februar bis 19. Februar*

Japanische Wirtschaft wächst

Montag, 13. Februar - Im Schlussquartal 2016 legte das japanische Bruttoinlandsprodukt auf das Jahr hochgerechnet um 1,0 Prozent zu, teilte die Regierung am Montag in Tokio mit. Als Hauptgrund für das Wachstum werden die Exporte angeführt, die von der weiterhin schwachen japanischen Landeswährung Yen profitieren. Auf der anderen Seite stagniere der private Konsum, der etwa 60 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmacht, da steigende Preise bei den Lebensmitteln die Kaufkraft trübt, wie die Süddeutsche Zeitung berichtet. Auch sei die Abhängigkeit vom Außenhandel als riskant einzuschätzen, da insbesondere die zukünftigen Handelsbeziehungen mit den USA vor einer ungewissen Zukunft steht, aufgrund der Kritik des US-Präsidenten bezüglich des amerikanischen Handelsdefizits mit Japan in der Vergangenheit.

US-Konjunktur

Mittwoch, 15. Februar - Die amerikanischen Verbraucherpreise sind im Januar um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Dieser Anstieg bedeutet zugleich den höchsten Anstieg seit fünf Jahren. Im Dezember lag die Rate noch bei 2,1 Prozent. Notenbankchefin Janet Yellen hält eine Anhebung des Leitzinses bei der nächsten Notenbanksitzung für „wahrscheinlich angebracht“, sollte sich die Wirtschaft weiterhin so entwickeln, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
6. Kalenderwoche

Dieser führe zu günstigeren Finanzierungsbedingungen für Unternehmen, was in möglichen, höheren Investitionen ende. Doch wie groß dieser Effekt sei, lasse sich nur langfristig ermitteln, so Fuest.

Problematisch sei seit der Einführung des Euros für die alte "D-Mark-Zone", der Wegfall des Standortvorteils der stabilen Ankerwährung D-Mark. Unternehmen, die den deutschen Markt beliefern wollen, hätten es nun leichter ihren Standort außerhalb von Deutschland zu suchen, um den Löhnen und Steuern zu entkommen. Hier führt Fuest das Beispiel Irland an, das seit der Einführung des Euros mehrere große amerikanische Unternehmen angezogen hat.

Einige Experten sagen, dass es Deutschland geschafft habe die vergangenen Krisen nur wegen der einheitlichen Währung zu überwinden, hierzu gehört der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften aus dem Jahr 2008 Paul Krugman. Dieser geht von einer wirtschaftlichen Gesundung aufgrund des inflationären Booms im Rest Europas aus und nicht nur eigener Anstrengungen zu verdanken sei. Fuest stimmt dieser Aussage in dem Punkt zu, dass sich durch die Inflation im Süden das Verhältnis der Produktionskosten verschoben hat und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland erhöht wurde, ohne die Arbeitskosten nominal senken zu müssen. Doch gleichzeitig gibt Fuest zu denken, dass sich durch den Boom im Süden der Eurokurs anstieg und damit die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands außerhalb der Eurozone verschlechtert habe, da andere Unternehmen in anderen Ländern nun mehr Geld für Waren aus Deutschland bezahlen müssen. Vielmehr könnte der Boom im Süden so die Erholung der deutschen Wirtschaft verlangsamt haben. Insgesamt kommt Fuest zu dem Fazit, dass Deutschland viele Gründe hat, sich für die Eurozone zu engagieren, doch zu den großen Gewinnern des Euros zähle Deutschland eben auch nicht.

Hintergrund: Währungsnutzen

[FAZ: Profitiert Deutschland wirklich vom Euro?](#)

RUB

EZB sieht keine nachhaltige Wende bei Inflation

Donnerstag, 16. Februar – Wie in dem am Donnerstag veröffentlichten Protokoll der letzten EZB-Ratssitzung zu lesen ist, sei die EZB trotz kräftigen Anstieg der Inflation mit einer großen Mehrheit für ein Fortbestehen der ultralockeren Geldpolitik. Zwar sei die Inflation im Euro-Raum im Januar um 1,8 Prozent angestiegen, doch sehen die meisten Ratsmitglieder keinen überzeugenden Aufwärtstrend bei der Inflation. Diese führen die ansteigende Inflation auf den angestiegenen Ölpreis zurück und, dass der Inflationsdruck vielmehr „gedämpft“ sei. Carsten Brzeski, Chefökonom der ING Diba rechnet damit, dass seitens der EZB vor den Wahlen in den Niederlanden und Frankreich nicht mit Hinweisen auf ein herunterfahren der Anleihenkäufe zu rechnen sei. Vielmehr werde in der Notenbank befürchtet, dass das Ergebnis der Wahlen für Unsicherheiten sorgen könne, da die Rechtspopulisten starke Umfragewerte erzielen, so dass Handelsblatt.

Zahl der Woche:

0,6 Prozent

ist die Anzahl der Erwerbstätigen im vierten Quartal in Deutschland angestiegen. Besonders im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit sei die Zahl der Erwerbstätigen gestiegen.

Reuters